

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Gunnar Lindemann (AfD)**

vom 24. Juli 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 24. Juli 2024)

zum Thema:

„Regenbogenzentrum“ in Marzahn-Hellersdorf

und **Antwort** vom 8. August 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 9. August 2024)

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Herrn Abgeordneten Gunnar Lindemann (AfD)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/19813
vom 24. Juli 2024
über Regenbogenzentrum in Marzahn-Hellersdorf

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Die Schriftliche Anfrage betrifft zum überwiegenden Teil Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl um eine sachgerechte Antwort bemüht und hat daher den Bezirk Marzahn-Hellersdorf um Stellungnahme gebeten, die bei der nachfolgenden Beantwortung maßgeblich eingeflossen ist.

Vorbemerkung des Abgeordneten:

Im Tagesspiegel-Newsletter wird berichtet, dass Marzahn-Hellersdorf ein „Regenbogenzentrum“ bekommen soll, um „queere Familien zu unterstützen“.

1. Wer hat das „Regenbogenzentrum“ wann beschlossen?

Zu 1.: Die Etablierung eines Regenbogenzentrums in Marzahn-Hellersdorf hat die Bezirksverordnetenversammlung beschlossen und dessen Umsetzung durch verschiedene weitere Drucksachen verstärkt angeregt. Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf folgt mit der Etablierung der Beratungsstelle für Regenbogenfamilien und für queere Heranwachsende den Forderungen der Bezirksverordnetenversammlung. Dafür wurden in dem Haushalt 2024/2025 pro Jahr 50.000 Euro für die Etablierung einer Beratungsstelle eingestellt.

Nach einem öffentlichen Interessenbekundungsverfahren wurde im Rahmen einer bezirklichen Jurysitzung der Träger Lesben Leben Familie e. V. in Kooperation mit dem Lesben- und Schwulenverband e. V. (LSVD e. V.) für die Umsetzung der Beratungsstelle ausgewählt.

2. Wo soll es entstehen und wann wird es eröffnet?

Zu 2.: Die Beratungsstelle wird an die Räumlichkeiten des Familienzentrums des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), unter Trägerschaft des Kreisverbands des Deutschen Roten Kreuzes Berlin-Nordost e. V. in der Sella-Hasse-Straße 19 in 12687 Berlin angegliedert. Der Start ist für Herbst 2024 geplant.

3. Wie hoch sind die Einrichtungskosten und wer übernimmt diese?

Zu 3.: Nach aktuellen Plänen erhält die Beratungsstelle für das Jahr 2024 eine Zuwendung in Höhe von 50.000 Euro. Für das Jahr 2025 werden 69.000 Euro aus bezirklichen Mitteln zur Verfügung gestellt.

4. Wie hoch werden die laufenden monatlichen Kosten sein und wer übernimmt diese? Bitte jede Kostenart einzeln angeben.

Zu 4.: Die laufenden monatlichen Kosten sind aktuell noch nicht abzusehen, deren Übernahme ist jedoch in der Höhe durch die jährliche Zuwendung des Bezirks begrenzt. Die Kostenübernahme erfolgt anhand einer Zuwendung durch das Bezirksamt.

5. Wieviel Mitarbeiter werden dort mit welcher Stundenzahl tätig sein, wer wählt diese nach welchen Kriterien aus und wer übernimmt deren Kosten in welcher konkreten Höhe?

Zu 5.: Nach aktuellen Planungen werden zwei Mitarbeitende in Teilzeit für die Beratungsstelle tätig sein.

Die Mitarbeitenden werden von dem ausgewählten Träger nach eigenen Kriterien ausgewählt. Die Kosten werden in Form der Gesamtzusendung vom Bezirksamt übernommen.

6. Was wird im „Regenbogenzentrum“ konkret angeboten werden?

Zu 6.: Die Angebote der Beratungsstelle für Regenbogenfamilien und für queere Heranwachsende teilen sich in drei Leistungsbausteine auf: 1. Beratung, 2. Mobile Beratung, 3. Sensibilisierung und Öffentlichkeitsarbeit.

Bei dem Angebot Beratung besteht die Aufgabe des Trägers in der Durchführung von persönlichen Einzel- und Familienberatungen sowie der Beratung über Telefon und E-Mail. Im Fokus der Beratungen sollen vor allem Regenbogenfamilien stehen sowie Kinder- und Jugendliche, die Fragen zur eigenen Geschlechtsidentität und sexuellen Identität haben. Die Beratungsleistung lässt sich grob in zwei Stränge aufteilen: die Elternberatung und -arbeit sowie die Beratung von und die Arbeit mit Heranwachsenden. Neben der stationären Beratung in der Beratungsstelle soll der Träger auch mobile Beratungen und Angebote in Kooperation mit den im Bezirk etablierten Akteurinnen und Akteuren anbieten. Dies können beispielsweise entsprechende Beratungsangebote, Aufklärungsarbeiten oder Gruppenaktivitäten in anderen Einrichtungen sein. Bei der Sensibilisierungsarbeit steht die Organisation und Durchführung von Bildungs- und Informationsveranstaltungen für Fachkräfte und/oder Bürgerinnen und Bürger im Fokus. Die Mitarbeitenden der Beratungsstellen sollen eigenständig und auf Anfrage Sensibilisierungs- und Fortbildungsworkshops für Fachkräfte oder interessierte Personen anbieten.

7. Woraus ergibt sich nach Erkenntnissen des Bezirksamtes der Bedarf für ein „Regenbogenzentrum“?

Zu 7.: Im Bezirk Marzahn-Hellersdorf gibt es für Regenbogenfamilien und queere Menschen und Familien aktuell noch keine Anlauf- und Beratungsstelle. Queere Menschen, die sich professionell beraten lassen möchten, müssen in andere Berliner Bezirke ausweichen und oftmals lange Fahrtwege in Kauf nehmen. Dies ist insbesondere für mobilitätseingeschränkte Menschen sowie Familien eine große Hürde. Viele queere Menschen oder deren Angehörige erhalten somit keine adäquaten Hilfs- und Beratungsleistungen im Bezirk. Das kann insbesondere für Familien weitreichende Folgen haben, da beispielsweise Konflikte um die Geschlechtsidentität eines Kindes nicht gelöst werden.

Dieser Bedarf nach einer professionellen und wohnortnahen Beratungsmöglichkeit für queere Familien wurde zudem in verschiedenen Gesprächen von Mitarbeitenden aus dem Jugendamt, den Jugendfreizeiteinrichtungen und den Familienzentren bestätigt.

8. Wieviel „queere Familien“ leben gegenwärtig in Marzahn-Hellersdorf, die das Angebot nutzen könnten?

Zu 8.: Dem Senat liegen dazu keine Erkenntnisse vor.

Berlin, den 8. August 2024

In Vertretung

Christina Henke

Senatsverwaltung für Bildung,

Jugend und Familie